

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Worteljährlich: Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bezahlung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Drittes Bunde-)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 102.

Berlin, Mittwoch, 21. Dezember 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Rußlandarbeit. — Geht Deutschland einer Proletarisierung entgegen? — Der Sieg des Freihandels in England. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Rußlandarbeit.

Vor einigen Tagen schrieb die „Post“ in einer Betrachtung über die Aussichten der Arbeitskammervorlage, daß sie ein Scheitern des Gesetzes für die beste Lösung hielte. Man ersieht daraus, daß der Geist des Freiherrn v. Stumm noch immer in der Redaktion des genannten Blattes waltet. Indessen wir glauben nicht, daß der Wunsch des edlen Blattes in Erfüllung gehen wird. Die Regierung war tat so, als wenn sie fest entschlossen sei, auf die Verabschiedung der Vorlage zu verzichten, wenn gemäß den Reichstagsbeschlüssen die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre und die Einbeziehung der in den staatlichen Werkstätten beschäftigten Arbeiter vorbehalten wird. Wir glauben nicht, daß es der Regierung ernst ist mit ihrer Drohung. Sie wird die Verantwortung für das Scheitern des Arbeitskammergesetzes nicht auf sich nehmen, weil sie befürchten muß, daß die Unzufriedenheit und Mißbilligung auch in den Kreisen der nichtsozialdemokratischen Arbeiter dadurch eine Steigerung erfahren würde, die sicherlich bei den nächsten Reichstagswahlen zum Ausdruck kommen würde. Wenn sie an dem ausgeprochenen Unannehmbar so fest hält, so geschieht dies wohl nur aus tatsächlichen Gründen, weil sie auf den Umfall der Zentrumspartei spekuliert. Alle Zeichen deuten denn auch darauf hin, daß hinter den russischen Kräfte am Werke sind, um ein Kompromiß herbeizuführen, zu dem auch die Regierung ihre Zustimmung gibt. Ja, es hat auch den Anschein, als wenn man in maßgebenden Kreisen bereits mit dem Zustandekommen des Kompromisses rechnet. Eine offiziöse Berliner Korrespondenz brachte vor einigen Tagen folgende Notiz:

„Wenn jetzt schon Vermutungen über die Stellungnahme des Bundesrats zu den Beschlüssen des Reichstags laut werden, dann denen der Bundesrat unter keinen Umständen die Vorlage in der vom Reichstag beschlossenen Form annehmen würde, so sprechen alle derartigen Mutmaßungen vollkommen in der Luft. Denn es ist noch keineswegs sicher, daß der Entwurf aus der dritten Lesung tatsächlich in derselben Fassung hervorgehen wird, die er in der zweiten erhalten hat. Auch der Umstand, daß dem Vernehmen nach die dritte Lesung erst Ende Februar stattfinden soll, deutet darauf hin, daß man im Reichstag wie auch an den amtlichen Stellen noch mit der Möglichkeit einer Verständigung rechnet. Man hält es daher sehr wohl für möglich, daß es noch in letzter Stunde zu einem Kompromiß kommen wird, durch das die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre eine Form erhält, die es Bundesrat und Reichsregierung ermöglicht, der Vorlage zuzustimmen. Die Erklärung des Staatssekretärs des Innern geht ja auch nur dahin, daß die Zustimmung in der vom Reichstag beschlossenen Fassung keine Aussicht auf Annahme habe. Es ist aber sehr wohl denkbar, daß sich noch eine Fassung findet, die dem Bundesrat annehmbar erscheint.“

Wer zwischen den Zeilen zu lesen vermag, der ersieht hieraus, daß die Regierung sicher mit einem Umfall des Zentrums rechnet. Und sie scheint recht zu haben. Denn das Zentrumsschloß „Germania“ erklärt darauf, daß das Zentrum auf die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre jedenfalls nicht verzichten werde und fügt hinzu:

„Ob sich eine das Zentrum zufriedenstellende andere Fassung finden wird müssen wir abwarten. Der Staatssekretär

sprach davon, daß man ja später, wenn das Gesetz die erhoffte friedliche Wirkung gehabt, vielleicht einmal den Widerstand gegen die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre aufgeben könne. Diese, zudem noch sehr unbestimmte Zusage, kann das Zentrum schwerlich beibringen.“

Diese Erklärung ist so unscharf und so gebunden, daß man tatsächlich damit rechnen darf, daß das Zentrum seinen ursprünglichen Standpunkt aller Wahrscheinlichkeit nach aufgeben wird.

Wir halten es für unsere Pflicht, alle diese Todsünden, obgleich sie zum Teil schon bekannt sind, nochmals zu registrieren, um alle Kreise, die an dem Zustandekommen eines vernünftigen Arbeitskammergesetzes interessiert sind, auf den Plan zu bringen. Als vernünftig aber können wir vom Arbeiterstandpunkte nur ein Gesetz ansehen, das zum mindesten die Form hat, welche der Reichstag der Vorlage in seiner zweiten Lesung gegeben hat. Selbst der hochkonservative „Reichsbote“ kann es nicht verkennen, daß man die Organisationsbeamten von der Mitwirkung in den Arbeitskammern ausschließen will. Er schreibt:

„Daneben erscheint uns die Ablehnung der Arbeitersekretäre für die Arbeitskammern bedenklich, weil die Arbeiter diese Maßregel als eine Schädigung ihrer Interessen ansehen werden, zumal es den Arbeitgebern schmeichelt sein soll, ihre Beamten als ihre Vertreter in die Kammern zu schicken. Die einfachen Arbeiter werden sich denselben in sachlicher und dialektischer Gewandtheit nicht gewachsen sehen, während das bei ihren Sekretären der Fall wäre. Wir haben neulich schon bemerkt, daß die Sekretäre, wenn sie ausgeschlossen werden, dann ihren Einfluß auf die in der Kammer befindlichen Arbeiter und dadurch auf die Kammer erst recht geltend machen werden.“

Diese Haltung eines streng konservativen Blattes sollte doch auch der Regierung zu denken geben. Vor allen Dingen aber müssen jetzt die christlichen Gewerkschaften auf dem Posten sein, und falls ihnen am Zustandekommen eines „vernünftigen“ Arbeitskammergesetzes ebenfalls etwas liegt, ihren Einfluß dahin ausüben, daß das Zentrum fest bleibt und an den Reichstagsbeschlüssen festhält. Die Ausrede, daß das Zentrum die christlichen Gewerkschaften nichts angehe, lassen wir nicht gelten. Tatsache ist, daß viele Zentrumsgewerkschaften nur mit Hilfe der in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter in den Reichstag gelangen. Sie müssen mit ihren Abgeordneten jetzt ein ernstes Wort reden und darauf dringen, daß sie von ihrem früheren Standpunkt auch nicht um einen Fuß breit zurückweichen. Vor allen Dingen aber sieht eine Zahl von christlichen Gewerkschaftsführern in der Zentrumspartei. Sollten diese Männer in einer reinen Arbeiterfrage nicht so viel Einfluß besitzen; daß sie einen Umfall der Zentrumspartei verhindern können? Gelänge ihnen dies nicht, so würde dadurch nur von neuem der Beweis erbracht werden, daß sie nur Statisten sind, die man lediglich dazu braucht, um bei den Wahlen die Arbeiter zu fördern.

So bildet denn das Arbeitskammergesetz einen Prüfstein für die Zuverlässigkeit der christlichen Gewerkschaftsführer. Es muß von ihnen erwartet werden, daß sie sich an einem Verrat an der Arbeiterchaft nicht beteiligen. Ein Verrat aber würde es sein, wenn man jetzt auf die vorher gesagten und sehr wohl durchführbaren Beschlüsse verzichtete. Die Arbeit hinter den Kulissen muß auszuhandeln gemacht werden. Daran muß jeder mitwirken, der es ehlich mit der Arbeiterchaft meint!

Geht Deutschland einer Proletarisierung entgegen?

W. B. Bekanntlich ist der wichtigste Glaubensartikel des unentwegten Marxisten der, daß die Entwicklung der kapitalistischen Produktion mit Naturnotwendigkeit zu einer Zertrümmerung des sog. Mittelstandes — der Bürger und Bauern, wie sie das kommunistische Manifest nennt — führen müsse. Uebrig bleiben würden nur einige wenige Großkapitalisten, die sich dann noch gegenseitig durch rücksichtslose Konkurrenz aufzehren. Auf der anderen Seite wachse das Elend und die Unterdrückung der immer mehr ausgebeuteten Massen des Volkes. Schließlich ein gewaltiger Aufstand! Die dünne Schicht der kapitalistischen Unterdrücker fliege in die Luft, und das gesamte Volk tritt ihr Erbe an, indem es die Früchte der Arbeit auch zum Wohle der Gesamtheit verwendet.

Die kümmerliche Entwicklung der Großbetriebe im Anfange des Maschinenzeitalters sowie die unlegbar ungünstige Stellung mancher Teile des Handwerks schienen diesem Gedankengang eine Zeitlang Recht zu geben. Aber allmählich zeigte sich doch, daß er eine ungeheuerliche Uebertreibung enthielt. Besonders in der Landwirtschaft trat genau das Gegenteil von dem ein, was die Propheten des Marxismus vorausgesagt hatten. Ueberall ist hier der Klein- und Mittelbetrieb im Vordringen begriffen — auch die letzte Betriebszählung beweist es wieder —, der Großgrundbesitz aber geht zurück.

Wie steht es nun aber mit dem Handwerk? In der Industrie hat der Großbetrieb infolge der Entfaltung der Maschinentechnik und des modernen Verkehrs- und Klammerwesens unlegbare Vorteile gegenüber dem Kleinbetriebe, der sich diese Hilfsmittel weniger dienstbar machen kann. Man sollte denken, daß er deshalb der Kleinbetrieb immer mehr aufkaufen oder wenigstens stark zurückdrängen müßte. Die letzte Berufs- und Betriebszählung zeigt jedoch, daß das keineswegs der Fall ist. Allerdings gibt es einzelne Handwerke, die einen nicht unbeträchtlichen Rückgang aufzuweisen haben. Diesen steht aber eine weit größere Zahl anderer gegenüber, die noch heute in rachem Wachstum begriffen sind, ja von denen einzelne noch stärker zunehmen als die Bevölkerung selbst. Der Direktor des statistischen Amtes in Bremen, Dr. Böhmert unterläßt am Schluß einer im „Arbeiterfreund“ erschienenen Artikelserie über die Ergebnisse der letzten Berufs- und Betriebszählung auch insbesondere die Entwicklung des Handwerks während der Jahre 1895 bis 1907. Er teilt dabei die einzelnen Handwerkszweige nach den Veränderungen, die in der Zahl der Einzelbetriebe eingetreten sind, in drei Gruppen, nämlich in solche, die an Zahl abgenommen haben, in solche, die einen Stillstand aufzuweisen, und in solche, die zunehmen. Als stillstehende Handwerke betrachtet er solche, bei denen die Zunahme oder Abnahme der Betriebe weniger als 5 Prozent betragen hat. Wir gelangen dann zu dem Ergebnisse, daß aufweisen:

einen Rückgang von mehr als 5 Prozent: die Steinmehlen, Löffler, Goldschmiede, Kupferschmiede, Zinngießer, Uhrmacher, Seifenfieber, Seiler, Gerber, Wolltöpler, Kammmacher, Schuhmacher;

einen Stillstand: die Grobschmiede, Buchbinder, Bau- und Möbelschneider, Bürstenmacher, Kürschner, Gulmader;

eine Zunahme von mehr als 5 Prozent: die Klempner, Messerschmiede, Nadler, Stellmacher, Sattler, Tapezierer, Drechler, Bäcker und Konditoren, Schlächter, Schneider, Hand- und Schuhmacher, Barbierer, Maurer und Bauunter-

nehmer, Zimmerer, Glaser, Stubenmaler, Stoffweber, Dachdecker, Brunnenmacher, Fleischer, Schmied, Schmiedeleger.

Die Zahl der Personen, die in den angeführten Handwerksarten beschäftigt war, betrug im Jahre 1895 insgesamt 3 409 510, im Jahre 1907 dagegen 4 580 638 Personen. Also eine sehr stattliche Zahl, die sich mindertens zur Hälfte auf rein handwerksmäßige Betriebe verteilt. Es waren nämlich in diesen 39 handwerksmäßigen Betriebsarten beschäftigt in Betrieben:

bis zu 5 Personen	2 238 817 Personen,
von 6 bis 50 Personen	1 233 101 "
von über 50 Personen	1 108 720 "

Wenn wir bedenken, daß die Periode von 1895 bis 1907 durch eine geradezu stürmische Entwicklung unserer Volkswirtschaft charakterisiert war, wie sie scharf in dieser Zwischenzeit wiederkehren wird, so drängt sich uns mit Notwendigkeit der Schluss auf, daß der kleine Betrieb eine geradezu überragende Lebensenergie bewiesen hat. Bei den angeführten Handwerksarten waren im Jahre 1895 im ganzen rund 1 232 000 Kleinbetriebe von weniger als 5 Personen gezählt worden. Das Jahr 1907 sah statt ihrer 1 274 000. Also keine Abnahme, sondern eine Zunahme. Wir sind mithin von dem marxistischen Ideal des Verschwindens dieser Betriebe weiter entfernt als vor 12 Jahren.

Nun wird ja allerdings kein vernünftiger Mensch leugnen, daß der Großbetrieb und die von ihm abhängigen sich erheblich härter vernehmen haben als das Handwerk. Es wäre geradezu ein Wunder, wenn das nicht so wäre. Der Großbetrieb hat eben in Zeiten fortschreitender Kultur ungewisselhaft einen starken Vorrang gegenüber dem Kleinbetrieb, und demgemäß legt er sich auch unwiderstehlich durch. Das ist, nebenbei bemerkt, in allen Menschheitsperioden ähnlicher Art so gewesen, ohne daß eine einzige davon zum Kommunismus geführt hätte. Aber neben diesen vom Großbetrieb erhofften Menschenmassen erhalten sich eben in der Landwirtschaft und, wie wir gesehen haben, auch in der Industrie große Schichten selbständiger Berufstätiger. Dasselbe ist im Handel und Verkehr der Fall. Außerdem aber wächst im Großbetriebe selbst und in den mit ihm verwandten staatlich organisierten Betrieben eine große Schicht in mittlerer Lebenslage befindlicher Personen heran, die ihrer ganzen Stellung und Lage nach dem sog. Mittelstand angehören. So kommt es, daß die eigentliche Arbeiterbevölkerung keineswegs in dem Maße zunimmt, wie man es nach der gewaltigen Entwicklung des Großbetriebes erwarten sollte. Dennach beweist die Berufszählung genau das Gegenteil von dem, was die heutigen Marxisten mit solcher Emphe behaupten. Eine zunehmende Proletarisierung der Volksmasse findet nicht statt.

Der Sieg des Freihandels in England.

Liegen auch die allerletzten Resultate der englischen Parlamentswahlen zurzeit noch nicht vor, so steht doch bereits unumstößlich fest: das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit im Unterhaus bleibt daselbe wie vor der Ausschreibung der Neuwahlen, vielleicht um einige Stimmen belanglos verlohnen. Das alte Parlament setzte sich u. a. aus 275 Liberalen und 40 Mitgliedern der Arbeiterpartei, unter welchen sich auch die wenigen Sozialdemokraten befanden, also 315 eigentlich freihändlerisch gerichteten Abgeordneten zusammen, denen 273 Konservativen oder „Unionisten“ gegenüberstanden, diese vereinigt in der Ablehnung des irischen Home Rule, d. h. der selbständigen Verwaltung Irlands, und dem Willen, das Oberhaus zwar zu reformieren, aber als bedeutungsvollen Faktor der Gesetzgebung und Verwaltung beizubehalten. Unter den letzteren sind die Schutzöllner stark in der Uebermacht, aber auch Freihändler, wie z. B. Lord Balfour, ein naher Verwandter des früheren Premierministers Arthur Balfour, und der ehemalige Minister für Indien, Lord Hamilton, gehören zu ihnen. Die Entscheidung lag und wird auch im neuen Hause bei den Freihändlern liegen, die in der alten Stärke von etwas über 80 Köpfen zurückkehren dürften. Diese sind nicht ohne weiteres als freihändlerisch gesinnt anzusehen, noch weniger sind sie aber grundsätzlich schutzöllnerisch; sie wollen allenfalls von Agrarzöllen, oder niemals von Industriezöllen etwas wissen, wenn sie nicht gerade in Irland auch gegen England zur Erziehung einer Industrie auf der grünen Insel eingeführt werden sollten. Mit einer solchen Partei können die Unionisten keine Schutzöllnerpolitik treiben. Sie stehen aber auch gerade jetzt zu den Freihändlern in einem besonderen Gegensatz, weil diese unter allen Umständen Home Rule und Entkleidung des Oberhauses von seiner Macht verlangen, also gerade das vertreten, was den Unionisten ein Witz ist. Die Liberalen wollen den Freihändlern die verlangten Zugeständnisse machen und

werden sich schon dafür Sicherheit verschaffen, daß die Freihändler, deren politische Zuverlässigkeit nicht eben groß ist, nicht etwa doch noch schutzöllnerische Politik mit den Unionisten treiben. Eine bedeutende Garantie für ihr künftiges Wohlergehen liegt allerdings schon darin, daß ja die Freihändler ein Rechtswort mit der Opposition eine Parlamentswahl herbeiführen würden, deren Ausfall alle Errungenschaften in Frage stellen könnte, wenn es ihnen nicht gelänge, wieder die Stellung der ausschlaggebenden Partei zu erringen. Die Möglichkeit eines Zusammengehens zwischen Unionisten und Freihändlern ist daher in der Tat nicht sehr nabesiegend.

Es ist ferner von der größten Bedeutung, daß die Unionisten sich genötigt gesehen haben, aus den augenblicklich tobenden Wahlkämpfen die Zollfrage ganz auszuscheiden. Sie haben von vornherein die Verpflichtung übernommen, mit dem neuwählenden Unterhause keinen Uebergang zum Schutzöllner zu vollziehen. Die Erklärung, daß sie zu schutzöllnerischen Maßnahmen nur nach abermaliger Befragung der Wählerhaft greifen würden, ist in ihren eigenen Reihen mit lautem Beifall aufgenommen worden. Weshalb? Man mußte eben, daß es mehr Wähler gibt, die die Verbindung Englands mit Irland und die Macht des Oberhauses aufrechterhalten wollten, als solche, die sich nach Schutzöllnern sehnten. Ohne den Schutzöllner sollte man besser abzuscheiden, als mit ihm. Darin liegt ein wertvolles Anerkennungskennzeichen der eigenen Schwäche seitens der englischen Schutzöllner. Wie viele Mandate sie auf diese Weise behauptet haben, läßt sich natürlich nicht feststellen. Trotzdem sind aber die Unionisten in ihrer ohnmächtigen Minderheit geblieben. Man kann daraus entnehmen, daß die Schutzöllner nicht das Vertrauen haben, daß sie sich alsbald mit der Schutzöllnerparole an das Volk wenden dürften.

Während die Zahlen der errungenen Mandate auf beiden Seiten so gut wie gleich geblieben sind, sind innerhalb dieser Grenzen einige Erweichungen zu verzeichnen, die hervorgehoben werden müssen. Zunächst ist die Wahlbeteiligung meist schwächer als vor zehn Monaten gewesen, woraus sich eine gewisse Wahlmüdigkeit ergibt. Die Erregung hat jedenfalls abgenommen, und diese Tatsache bildet eine Mahnung für die Schutzöllner, auf eine etwaige abermalige Auflösung nach kurzer Zeit keine großen Hoffnungen zu setzen. Sodann ist bemerkenswert, daß die Sozialdemokratie wiederum keine Fortschritte gemacht hat: sie bleibt in der politisch so viel länger erzeugenen Wählerhaft Englands ohnmächtig wie zuvor. Diese Entwicklung in dem Freihandelslande steht in einem auffallenden Gegensatz zu dem raschen und schnellen Wachstum der Sozialdemokratie in Deutschland, das hohe Lebensmittelzölle hat und dadurch die Verbraucher aufs tiefste erbittert. Die Industriearbeiter sind den Liberalen nicht ganz treu geblieben. Salford bei Manchester, Liverpool und einige kleinere Orte in Lancashire sind von ihnen abgefallen und zu den Unionisten übergegangen. Dagegen haben die Freihändler in Manchester selbst einen Sitz erobert und einen anderen, dessen Erwerbung die Schutzöllner sicher erhofft hatten, mit Erfolg verteidigt. Birmingham, die alte feste Burg des Unionisten Chamberlain, hat diesen zwar wieder in das Unterhaus entsandt, jedoch mit geringerer Majorität als im Anfange dieses Jahres. Die Fabrikdistrikte Londons sind den Freihändlern verblieben, und sonst haben sie, was sie in Lancashire verloren haben, durch Gewinne in anderen Gegenden wieder ausgeglichen. Im großen und ganzen gilt noch der alte Satz, daß die Freihändler, die Landbesitzer, das wohlhabende London, das aristokratische die City und Westend, und der mit den Freihändlern so tief verfeindete Nordosten Irlands zu den Unionisten halten, während der Freihandel dort, wo die wirtschaftliche Kraft Englands liegt, in dem produktiven, industriellen Nordengland und Schottland, seine Macht behauptet. Die Freihändler haben eine unerwarteterliche Stellung in drei Vierteln ihrer Insel. Das von seinen eigenen Arbeitgebern politisch geführte britische Proletariat will jedenfalls nach wie vor von Zöllen auf Lebensmittel, von Schutzöllnen auf Industrieerzeugnisse, von Zollgemeinschaft mit den Kolonien und dergleichen Dingen nichts wissen.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 20. Dezember 1910.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände. Das Jahr geht seinem Ende entgegen, und damit rückt auch die Zeit wieder heran, da die Ortsverbandschritführer den Tätigkeitsbericht fertigstellen müssen.

Der letzte Verbandstag hat zwar auf einen aus Danzig stammenden Antrag hin beschloffen, daß die einzelnen Tätigkeitsberichte im „Gewerksverein“ nicht mehr veröffentlicht werden. Damit sollte aber nicht gesagt sein, daß nun überhaupt auch keine Tätigkeitsberichte mehr erlassen werden sollen. Schon im Interesse des Zusammenhanges zwischen der Verbandsleitung und den Ortsverbänden muß die Veröffentlichung beibehalten werden, die auch außerdem einen Ansporn zu recht reger Betätigung bildet. Ferner sei darauf hingewiesen, daß aus der Fülle des in den Tätigkeitsberichten enthaltenen Materials die bemerkenswertesten Vorgänge und Ereignisse herausgezogen und im Zusammenhange im Verbandsorgan behandelt werden sollen. Dadurch wird das Schematische und Einförmige, das bei der Veröffentlichung der Einzelberichte sich nicht vermeiden ließ, beseitigt, und die Leser erhalten einen Gesamtüberblick über das Leben und Treiben in unserer Organisation. Jeder gewissenhafte Ortsverbandschritführer wird nun ein lebhaftes Interesse daran haben, daß dieses Bild recht lückenlos und wahrheitsgetreu ist, und deshalb richten wir schon heute an die Kollegen, denen die Abfassung des Tätigkeitsberichtes obliegt, und die Leser erhalten einen Gesamtüberblick über das Leben und Treiben in unserer Organisation. Jeder gewissenhafte Ortsverbandschritführer wird nun ein lebhaftes Interesse daran haben, daß dieses Bild recht lückenlos und wahrheitsgetreu ist, und deshalb richten wir schon heute an die Kollegen, denen die Abfassung des Tätigkeitsberichtes obliegt, und die Leser erhalten einen Gesamtüberblick über das Leben und Treiben in unserer Organisation. Jeder gewissenhafte Ortsverbandschritführer wird nun ein lebhaftes Interesse daran haben, daß dieses Bild recht lückenlos und wahrheitsgetreu ist, und deshalb richten wir schon heute an die Kollegen, denen die Abfassung des Tätigkeitsberichtes obliegt, und die Leser erhalten einen Gesamtüberblick über das Leben und Treiben in unserer Organisation.

Ein deutscher Heimarbeitertag wird am 12. Januar in Berlin stattfinden in der Neuen Philharmonie, Köpenickerstr. 96-97. Die Heimarbeiter und ihre Freunde wollen bei dieser Tagung in letzter Stunde, ehe im Reichstage über das Hausarbeitgesetz Beschluß gefaßt wird, in einer eindringlichen Kundgebung noch einmal die Forderungen erheben, die durch das Hausarbeitgesetz erfüllt werden müssen, wenn den schwereren Verhältnissen der Heimarbeit wirklich gesteuert werden soll. Zu dieser Kundgebung werden sich Heimarbeiter aus allen Teilen Deutschlands und aus allen Berufsgruppen und Freunde der Heimarbeiter aus den bürgerlichen Ständen vereinigen bei Vermeidung aller politischen Tendenzen und ohne Unterschied der gewerkschaftlichen Richtungen.

Die Tagung wird vorbereitet durch einen Aktions-Ausschuß, an dessen Spitze Prof. Dr. Ernst Franke, Berlin steht und dem ferner angehören Marg. Behm, Ing. Bernhard, Joh. Giesberts, M. d. R., Karl Goldschmidt, Y. Krüger, Joh. Saisanen, Robert Schmidt, M. d. R. Das Hauptreferat hat Herr Prof. Dr. Robert Wilbrandt, Tübingen übernommen.

Die Geschäftsführung für die Tagung liegt in den Händen des Bureaus für Sozialpolitik, Berlin W. 30, Nollendorferstr. 29-30.

Zur Frage der Privatbeamtenversicherung wird dem „Berl. Tagebl.“ vom Verbands deutscher Waren- und Kaufhäuser geschrieben:

Die letzten offiziellen Mitteilungen über den Stand der Privatbeamtenversicherung lassen erkennen, daß die Reichsregierung an ihrem Plane, für die Privatbeamten eine Sonderklasse zu schaffen, festhält. Die selbständige Kaufmannschaft dagegen fordert den schrittweisen Ausbau der bestehenden Invaliditäts- und Altersversicherung, da bei der Errichtung einer Sonderklasse die jährliche Belastung der Chef- und Angestellten rund 300 Millionen Mark oder etwa je vier Prozent der Gehälter bedingen würde; eine solche Last würde für weite Kreise der Arbeitgeber wie namentlich auch der Angestellten, viel zu hoch sein. Der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser ist schon seit Jahren für eine derartige Pensionsversicherung der Angestellten eingetreten, die auf die Lage und Leistungsfähigkeit der großen Masse der Arbeitgeber und der Angestellten die nötige Rücksicht nimmt. Eine solche dürfte auch diejenigen industriellen Kreise die jetzt noch aus prinzipiellen Gründen keine Pensionsversicherung ablehnen, für dieses hervorragende soziale Werk gewinnen.

Es ist sehr zu bedauern, daß alle diese Stimmen ungehört verhallen und die Regierung durchaus die Sonderversicherung durchzuführen will. Wie steht es übrigens mit der Veröffentlichung ihres Entwurfs, die schon so lange angekündigt ist? Fürchtet man etwa die allzu ausgiebige Kritik?

Arbeiterbewegung. In Wetzlar dauert der Kampf in der Edelmetallindustrie immer noch fort. Die badische Regierung ist nach

Wagor bemüht, eine Einigung zwischen den streikenden Parteien herbeizuführen, hat aber leider noch keinen Erfolg zu verzeichnen. — In Lüdendorf bedachtigen die Werkzeugschlosser in eine Lohnbewegung einzutreten. Der Arbeitgeberverband hat beschloffen, mit den Organisationsvertretern nicht zu verhandeln, es vielmehr jedem einzelnen Arbeitgeber zu überlassen, mit seinen Arbeitern sich zu verständigen. Darüber ist es bereits in einer Anzahl von Fabriken zur Klärung gekommen. — In Hausheim i. Bayern dauert der Streik der Bergarbeiter fort. Die gemachten Einigungsvorschläge sind von den Arbeitern als unzulänglich zurückgewiesen worden. — In der Papierfabrik von Dr. Fues in Sanaa a. W. sind die Arbeiter wegen Maßregelungen in den Streik getreten. — In Köth a. b. Leipzig sollen die im Müllschneerverbande organisierten Kürschner ausgepörrt werden, wenn nicht drei aus dieser Organisation ausgeschlossene Mitglieder wieder aufgenommen werden.

„Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich Dir den Schädel ein.“ In der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin, Brunnenstraße, arbeitet ein Mitglied des Gewerksvereins der Maschinenbauer, namens S. Schon als er keine Arbeit dort antrat, und die Verbände Wind bekamen, daß S. Gewerksvereiner ist, wurde er höflich gefragt, ob er auch das Gewerksvereinsmitglied könne. Weitere Liebenswürdigkeiten folgten. S. wurde fortgesetzt belästigt und gedrängt, er solle zum Metallarbeiterverbande übertreten. Mittlerweile war die Wahl zum Arbeiterausschuß herangekommen. Diefelbe findet nach dem Verhältniswahlssystem statt. Die Fabriksleitung liefert dazu Stimmzettel und Kwartz, da die Stimmzettel im Kuvert abgegeben werden müssen. Als S. seinen Stimmzettel geschrieben hatte, kam der Vertrauensmann W. vom Metallarbeiterverbande zu ihm und wollte abhoheln, welcher Name auf dem Stimmzettel geschrieben worden war. Also genau das selbe Verfahren, das die osterreichischen Junker anwenden, um die Landarbeiter bei den Reichstagswahlen zu kontrollieren! Eine solche Kontrolle mögen sich die „zielbewußten“ Mitglieder des „freien“ Metallarbeiterverbandes gefallen lassen; ein überzeugter Gewerksvereiner tut das nicht. S. wies denn auch ein solches Aninnen ganz energisch zurück.

Das muß wohl dem Fraß den Boden ausgeglichen haben; denn die Verbände können auf Rache. Als S. aus der Fabrik in die Volkstraße trat, wurde er von Verbändlern angehalten und derartig mißhandelt, daß er auf Anordnung eines Schutzmannes nach dem Kazarsstraßenbau: gebracht wurde, wo ihm die Wunde genäht und verbunden werden mußte. Seit acht Tagen ist der Heberfallene arbeitsunfähig. Der rote Heiler, der S. so zurielste, ein gewisser R., ist Mitglied des deutschen Metallarbeiterverbandes und seit 1898 in der Fabrik beschäftigt. Er hat Frau und Kinder, die nun unzulänglichsterweise ins Elend gestoben werden, da selbstverständlich über den Vorgang Anzeige erstattet worden ist.

Daß vom Metallarbeiterverbande solche Maßnahmen noch unterstützt werden, geht aus folgendem hervor: Am Tage nach dem Heberfalle hielten die Verbände eine Werkstattbesprechung ab, in der beschloffen wurde, daß der Arbeiterausschuß beim Obermeister vorstellig werden sollte, daß der Brügelheld R., der sofort die Entlassung erhalten hatte, die Arbeit wieder aufnehmen dürfe. Der Arbeiterausschuß gab sich auch dazu her und begründete sein Verlangen damit, der Heberfall auf offener Straße sei — Privatfache der beiden und gebe das Werk nichts an. Der Obermeister war schlafertig genug, um darauf die sehr vernünftige Antwort zu erteilen: „Wenn Ihr den Heberfall als Privatfache anseht, so ist es auch Privatfache des Werkes, einen Arbeiter, der seine Kollegen überfällt und mißhandelt, nicht mehr einzustellen.“

Es ist unerhört, daß ein Arbeiterausschuß, der die Rechte aller Arbeiter wahrnehmen soll, sich nicht entblödet, für einen solchen Hohnling einzutreten. Geopannt darf man sein, wie die Leitung des deutschen Metallarbeiterverbandes sich zu diesem Vorgang äußert. Allzu groß sind unsere Hoffnungen in dieser Beziehung nicht. Denn ähnliche Vorgänge erleben unsere Mitglieder ja öfter. In allen Fällen aber muß davon Mitteilung an die Hauptleitung gemacht werden, damit der Terrorismus der „Genossen“ öffentlich an den Pranger gestellt werden kann. Das Geheiß, daß wir damit Material zu einer Zuchthausvorlage liefern, soll uns herzlich wenig kümmern. Mögen die Herren uns doch keine Veranlassung dazu geben!

Der Reichskanzler und die Gelben. Der Hauptausschuß der gelben Gewerkschaften hat wieder einmal in Magdeburg getagt und die Gelegenheit be-

nutzt, Herrn v. Bethmann Hollweg anzutelegraphieren. Mit besonderer Genugtuung begrüßte die Gelben „die angeforderten Geheimgeregeln gegen die gewissenlose Verheerung unseres Volkes durch fanatische Agitatoren sowie den von Arbeitgebern und der überwiegenden Mehrzahl der Arbeiter lange ersehnten, wirksamen gesetzlichen Schutz der persönlichen Freiheit und Selbstbestimmung. Die heutige Gewalttätigkeit der Sozialdemokratie muß beseitigt werden.“

Schleunigst hat darauf der Reichskanzler mit folgendem Antworttelegramm quittiert:

„Für Ihre freundliche telegraphische Begütigung sage ich meinen besten Dank. Alle Bestrebungen, die sich auf den Ausgleich der wirtschaftlichen Gegensätze auf friedlichem Wege und nationaler Grundlage richten, sind mir bei meinen Vermählungen, die staatliche Ordnung und persönliche Freiheit zu sichern, eine wertvolle Unterstützung.“

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg.

Wess' Geistes Kinder die Gelben sind, brauchen wir hier nicht nochmals darzulegen. Zum Ueberflus sei bemerkt, daß sie auch auf dieser Magdeburger Tagung sich gegen die Wählbarkeit der Agitationsbeamten in die Arbeitskammern, aber für die Beibehaltung der Betriebskrankenkassen und die Halbierung der Beiträge in der Krankenversicherung aussprachen. Bei allen anfänglichen Arbeitern steht das Urteil über die Gelben längst fest, und auch bei Leuten, die der Arbeiterwelt fernstehen, aber einen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse besitzen, ist für die Gelben nichts übrig. Bider kann der Reichskanzler also mit seinen neuesten Freuden nicht herausstecken. Im übrigen: „Sage mir, mit wem Du umgehst. . . !“

Gegen die Errichtung einer eigenen Zigarrenfabrik durch das Kommando des 4. bayerischen Infanterieregiments in Meß haben wir in unjener Nr. 78 Protest eingelegt. Auch die Abteilung Süd-Bayern des Sanjablandes hat in dem Vorgehen des Regimentskommandos etwas Ungehöriges gesehen und sich deswegen beschwerdeführend an den bayerischen Kriegsminister gewandt mit dem Ersuchen, die Herstellung von Zigarren in eigener Regie zu verbieten, weil das ohnehin schwer leidende Tabakgewerbe dadurch noch weiter beeinträchtigt würde. Das bayerische Kriegsministerium hat nun dem Sanjablande mitgeteilt, daß es kein Verbot nach Meß ausgeben könne, weil Vorzüge getroffen sei, daß die Zigarren, die das Militär sich selbst herstellt, nicht nach auswärts in den Handel gebracht werden. Gleichzeitig aber erklärte der Kriegsminister, daß er nicht genehmigt, die Erlaubnis, die nur für das Stellungeregiment in Meß besteht, allgemein im Heere einzuführen.

Das ist wirklich sehr lebenswürdig von dem bayerischen Kriegsminister. Die Veriderung beweist aber doch, daß auch der Kriegsminister das Gefühl hat, daß jene Herstellung von Zigarren nicht in Ordnung ist.

h. Kohlenproduktion und Kohlenverbrauch. Die Kohlenproduktion der Welt wird nach den Veröffentlichungen des Board of Trade in London für 1908 — Braunkohle und Siquit ausgeschlossen — auf ungefähr 850 Millionen Tonnen angenommen. Davon fallen: 263 774 000 Tonnen auf England, ferner 390 336 000 auf die Vereinigten Staaten, 146 507 000 auf Deutschland, 36 654 000 auf Frankreich und 23 182 000 Tonnen auf Belgien.

In den Kohlenminen und mit Nebenarbeiten wurden beschäftigt: in England 966 300 Personen, in den Vereinigten Staaten 690 400, in Deutschland 591 000, in Frankreich 191 100 und in Belgien 145 300 Personen.

Der Kohlenexport Englands 1909 betrug 86 037 000 Tonnen, derjenige Deutschlands 30 063 000 Tonnen. Teugegenüber wurden eingeführt: nach England 8000 Tonnen, nach Deutschland 13 294 000 Tonnen.

Der Kohlenverbrauch der einzelnen Länder (Produktion plus Import, abzüglich Export) gestaltet sich für 1909 wie folgt: Vereinigte Staaten 379 069 000 Tonnen, England 177 745 000, Deutschland 129 738 000, Frankreich 54 327 000 und Belgien 22 455 000 Tonnen.

Im Jahre 1908 ergab sich auf den Kopf der Bevölkerung der folgende Kohlenverbrauch: in den Vereinigten Staaten 4,14 Tonnen, in England 3,96, in Belgien 3,11, in Deutschland 2,05 und in Frankreich 1,35 Tonnen.

Hier macht sich der Eindruck bemerkbar, den für die beiden letzten Länder der Verbrauch von Braunkohle und Holz macht. An Braunkohle wurde 1908 produziert: in Deutschland 66, in Oesterreich 26, in Ungarn 7 Millionen Tonnen. In den Vereinigten Staaten verbrauchte Braunkohle ist in dem angegebenen Kohlenverbrauch enthalten.

Die Produktion an Petroleum betrug 1908 in den Vereinigten Staaten 6282, in Rußland 2176 Millionen Gallonen.

Die Arbeitsverhältnisse in Amerika lassen, wie schon häufig von uns festgestellt werden konnte, in mancher Hinsicht recht viel zu wünschen übrig. Geradezu einen Schandfleck bildet die Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft, gegen die sich kürzlich auch der ehemalige Präsident Roosevelt in einer von mehr als 20 000 Personen besuchten Versammlung ganz energisch ausgesprochen hat. Mehr als 1 700 000 Kinder unter 15 Jahre arbeiten nach einer Mitteilung der „Königsb. Gart. Ztg.“ in Amerika auf den Feldern, in den Fabriken, Werkstätten und Bergwerken. Diese schwachen Kinderkräfte wären sehr gut zu entbehren, da es unter den Eingewanderten Arbeitslose genug gibt. Schönmals so viel Kinder als vor zwanzig Jahren werden heute in den Baumwollspinnereien Südamerikas beschäftigt, und alljährlich nimmt ihre Zahl zu. 80 000 kleine Mädchen arbeiten zurzeit in der Baumwollindustrie und müssen sich hier 12, 13, 14 Stunden lang abquälen, um 10 bis 20 Cent (40 bis 80 Pfg.) zu verdienen. Manche Kinder arbeiten von 6½ Uhr abends bis 6½ Uhr morgens in dem Höllenlärm der Maschinen, in einer ungesunden Atmosphäre, die mit Feuchtigkeit und dem feinen Baumwollstaube erfüllt ist. Der Lohn, den diese kleinen Arbeiter empfangen, reicht oft noch nicht einmal hin, um sie ordentlich zu ernähren. Werden sie krank, so wird ihnen der Verdienst aufgeschrieben. Im Norden, Osten und Westen liegen die Verhältnisse nicht besser. In den Bergwerken, Spinnereien, Fabriken, vor den Schmelzöfen, in den Schmelzhöhlen Pennsylvaniens finden wir überall kleine Kinder, die einen Teil von ihrer Freiheit und ihr ganzes Recht auf Glück der Arbeit opfern. Die Mädchen gehen in die Spinnereien, die Jungen in die Grube. Die Schule besuchen sie nicht, dafür müssen die Knaben zehn oder elf Stunden lang täglich die kleinen Kohlenwagen für 5 bis 6 Cents ziehen. In den Vereinigten Staaten gibt es mehr als 24 000 Kinder, die in den Bergwerken und Steinbrüchen beschäftigt werden. Ein Anruf für ein Kindererziehungsgesetz stellte kürzlich fest, daß über 5000 Kinder von 6 bis 14 Jahren in den Glasfabriken von New-Jersey und Pennsylvania arbeiten. New-York besitzt zwar ein Kindererziehungsgesetz, trotzdem sind die Steinindustrie, die Blumenfabrikation und die übrigen Schwitzgewerbe bis jetzt von der Gesetzgebung noch nicht berührt worden und können auch nicht eher geändert werden, als bis das Schwitzgesetz ganz abgeschafft ist. Die Walfischjähling vom Jahre 1900 gibt die Zahl der gewerblich tätigen Kinder unter 15 Jahren auf ungefähr 92 000 an, Polen und Ansträger waren hier nicht einbezogen. Es gibt aber in New-York Hunderte von Knaben, die als Laufburschen benutzt werden und in dieser Eigenschaft 20, 30, 32, 40, ja sogar 72 Stunden ununterbrochen im Dienst sind. Abse die einzige Erholung ist eine Viertelstunde Schlaf zwischen den Botengängen auf den hölzernen Bänken der Bureaus.

Auch diese Tatsachen lassen erkennen, daß in der sozialen Fürsorge Amerika noch weit hinter den europäischen Ländern zurücksteht.

Gewerksvereins-Zettl.

8. Kalberstadt. Die rechten Mittel und Wege zur Vesserung der Arbeitsverhältnisse in der Privatindustrie und in den Staatsbetrieben, so lautete das Thema, das in der am Sonntag, den 11. Dezember, im „Stadt-park“ abgehaltenen öffentlichen Gewerksvereinsversammlung von unserm Verbandsvorsitzenden Kollegen Goldschmidt-Berlin erörtert wurde. Das Wichtigste und Notwendigste für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin, so etwa führte der Redner aus, ist der Anschluß an eine starke Berufsorganisation, um damit Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zu erhalten. Diese Berufsorganisationen aber müssen politisch und religiös neutral sein, weil nur dann die wirtschaftlichen Interessen voll und ganz wahrgenommen werden können. Die Unternehmerverbände in Deutschland und die Arbeiterorganisationen in England und Amerika sind in ihrer Macht und ihrem Einfluß ein Beweis für die Wichtigkeit dieser Ansicht. Denn alle diese Vereinigungen schalten die Religion und die Parteipolitik vollständig aus und haben dadurch ihre große Bedeutung erlangt. Dasselbe müssen auch die deutschen Arbeiter erstreben. Vorbedingung allerdings ist, daß die Arbeiter lernen toleranter zu sein gegen alle, die ein anderes religiöses oder politisches Glaubensbekenntnis haben. Partei und Vertretung kirchlicher Interessen sind stets der Hemmschuh für ein einiges Vorgehen in gewerkschaftlichen Fragen gewesen. Die Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern auf dem Boden der bürgerlichen Gleichberechtigung bildet den Weg zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. Auch die Arbeiter in den Staatsbetrieben haben große Organisationen geschaffen; bezeichnend aber ist, daß die größte von

ihnen, der Frierische oder jetzt Berliner Eisenbahnerverband sich auf die Einreichung von Petitionen beschränkt. Wohl ist es natürlich, daß die in öffentlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter auf das Streikrecht verzichten. Dafür muß ihnen aber in Arbeiterausschüssen eine Instanz gewährt werden, durch die sie ihre Wünsche und Beschwerden an die maßgebenden Stellen bringen können. Denn auf die Macht des Stimmzettels soll man sich nicht allzu fest verlassen. Zum Schluß ging der Redner nochmals auf die Bedeutung der Organisation für alle Arbeiter und Arbeiterinnen ein und mahnte zu eifriger Agitation für die Deutschen Gewerksvereine.

Die Anwesenden waren den interessanten Ausführungen mit gespannter Aufmerksamkeit gefolgt und spendeten dem Redner lebhaften Beifall. Ohne Diskussion fand dann die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Gewerksvereine ihren Abschluß. Rudolf Chig, Ortsverbandschiffsführer.

Siegen. Bei den Stadtratswahlen wurde nach scharfem Kampfe der Kollege Ziegler gewählt. In der Hauptwahl hatte er 757 Stimmen durchwegs aus Arbeiterkreisen auf sich vereinigt. Die vereinigten christlich-sozialen und Zentrumspartei erhielt 1001 Stimmen. Trotzdem die Kandidatur unserer Kollegen in der Stichwahl von den genannten Parteien auf's Schärfste bekämpft wurde, vereinigte er doch die größte Stimmenganz auf sich. Ziegler erhielt 1441 Stimmen, während der christlich-sozialen Kandidat, ein christlicher Gewerkschaftssekretär, sich mit 1320 und der Zentrumskandidat mit 1234 Stimmen begnügen mußte.

Niedermünde. Am Sonntag, den 11. Dezember, tagte in Niedermünde die Generalversammlung des Ortsverbandes Niedermünde und Umgegend. Nachdem die internen Angelegenheiten erledigt waren, fand eine ausgiebige Debatte über Agitation statt. Hierbei kamen ganz eigenartige Sachen zur Sprache, die das Verhalten unserer Gegner in recht sonderbarem Lichte erscheinen lassen. Unser Ortsverband hatte schon jahrelang gearbeitet für die Erhöhung des ortsüblichen Tageslohnes. Im November dieses Jahres forderte nun der Landrat ein Gutachten von den Vorständen der Krankenkassen ein. Die Niedermünder Arbeitgeber gaben ihr Gutachten dahin ab, daß der ortsübliche Tageslohn von 1,80 Mk. auf 2,20 Mk., also um ganze 40 Pfg. zu erhöhen sei. Trotz energischer Bemühungen war es dem Untergruppen nicht möglich, den Vorstand von der Wichtigkeit des ortsüblichen Tageslohnes zu überzeugen, um ihn zur Abgabe eines höheren Gutachtens zu veranlassen. Die sozialdemokratischen Arbeitervertreter traten geschlossen für den Antrag der Arbeitgeber ein und stimmten unsern weitergehenden Antrag nieder. Das gleiche Schicksal widerfuhr unserm Antrage in der Ortskrankenkasse, das Krankengeld vom ersten Tage sowie für die Festtage, die in die Woche fallen, zu zahlen. In der Generalversammlung waren es wieder die Verbändler, welche unsern Antrag zu Falle brachten.

Ähnlich handelten sie in Torgelow. Hier hatten es verschiedene Arbeitgeber gar nicht für nötig gefunden, den Vorstand von dem Schreiben des Landrats in Kenntnis zu setzen. Als unsere Kollegen davon erfuhr, wurde sogleich entschieden dazu Stellung genommen. Die Arbeitgeber sahen sich nun genötigt, eine gemeinschaftliche Vorstandssitzung aller Betriebskrankenkassen einzuberufen. Es mag wohl für die „Genossen“ sehr peinlich gewesen sein, in ein Versammlungsprotokoll der „Dirse“ zu gehen, denn sie erklärten, dort keinen Tropfen Bier zu trinken. Aber was half es. Sie kamen, und es wurde auch kräftig dort getrunken. Ja,

einer der Waischenten ließ sich sogar soweit herab und bettete bei den Arbeitgebern um eine Lage Bier für alle Mann. Wenn derartige bei uns vorgefallen wäre, das Geschrei müßten wir hören. Eigentartig ist auch das Verhalten des Führers der Torgelower Sozialdemokratie. Als nämlich die Einladung zur gemeinschaftlichen Sitzung bereits ergangen war, berief derselbe eine Sitzung der Arbeitnehmer vorher ein. Von da wurde ein Schreiben an den Landrat geschickt, um für Erhöhung des ortsüblichen Tageslohnes einzutreten. Vorher hatten die Verbändler keine Zeit dazu gehabt. Heute kann man von den „Genossen“ hören: „Wir waren es, die das gemacht haben!“ Kollegen, merkt euch das und gebt ihnen die richtige Antwort darauf; denn nicht der Verband, sondern die Gewerksvereine haben jahrelang dafür gekämpft.

In Gagefin hatten unsere Kollegen vor kurzem ein Flugblatt verbreitet. Darin war auch ausgeführt, daß die Gewerkschaften sehr oft von der Partei auch zu politischen Zwecken benutzt werden. Dies scheint nun dem sozialdemokratischen Stettiner „Vollsboten“ nicht in den Aram zu passen. In seiner Nr. 288 vom 10. Dezember verurteilt er nämlich die Arbeiter von Gagefin für die „großen, mächtigen“, dabei auf lönerne Füßen ruhenden „freien“ Gewerkschaften zu gewinnen. Diefelben könnten ihnen mehr nützen als die kleinen Kirch-Wunderschen Organisationskinder. Eigentlich ist es zu viel Ehre für den „Vollsboten“, auf das Geschrei eingelassen zu werden. Denn die Gagefiner Kollegen wissen am besten, welche Organisation ihnen bis jetzt am meisten genützt hat, und von welcher sie berraten worden sind. Aber wir wollen es dem „Vollsboten“ hier noch einmal unter die Nase reiben. Vieleicht wird er in Zukunft etwas vorlichtiger. Daß die Gewerkschaften von der Partei zu deren Zwecken gebraucht werden, ist eine so allbekannte Tatsache, daß sie von niemand ernstlich bestritten wird. Wer hat aber den Kollegen bis jetzt am meisten genützt? Bekanntlich kommt für Gagefin der Fabrikarbeiterverband in Betracht. Vor einigen Jahren waren ja auch fast alle Gagefiner Kollegen, sowie die Kollegen von Niedermünde und Umgegend, in diesem Verbande organisiert. Die Verwaltungssitte befand sich in Niedermünde. Mit dem Gelde der Kollegen aber ist in einer Weise gewirtschaftet worden, wie es wohl einzig in der Welt dasteht. In kurzer Zeit waren nämlich weit über 2000 Mark unterschlagen. Das schänkte aber kommt noch. Der Verband hat auch einen Gauleiter, Viejenhüter mit Namen, wohnhaft in Stettin. Dieser Herr ist nämlich von unparteiischer Seite auf das Treiben der Bevollmächtigten aufmerksam gemacht worden. Anstatt nun nachzugehen und dagegen einzuschreiten, schimpft der Gauleiter über seine Kollegen, daß sie so dumm sind, und lassen einen andern in die Wäcker sehen, damit der weiß, was bei ihnen vorgeht. Nun, wir beneiden den Verband nicht um einen solchen Führer. Aber jeder einrichtige und rechtlich denkende Arbeiter wird sich bedanken, solchen Führer Gefolgschaft zu leisten. Der Gauleiter hat es dann auch fertig gebracht, den Verband von über 1100 Mann bis auf 5 herunterzuwirtschaften. Als die Kollegen von Niedermünde im Frühjahr in eine Lohnbewegung traten, wo war denn da der große Fabrikarbeiterverband? Derr Viejenhüter erklärte damals, mit den Hirschen gegen er nicht zusammen. Aber aus mehreren Artikeln des „Vollsboten“ ging damals ganz deutlich hervor, daß der „Große“ Angst hatte vor der damaligen Bauarbeiterausübung. Die Ziegelarbeiter würden dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Aber von einem Ziegelarbeiter wurde damals erklärt, wenn nur die Aussperrung noch einige Zeit anhalten möchte, für die Niedermünder Ziegeler wäre es ein Gewinn, weil die

Ziegelstein in Süd- und Mitteldeutschland keine Steine liefern wollten; die Niedermünder dagegen verkauften damals noch einmal so gut. Wer seine Mitglieder oft berraten hat, der Gewerksverein oder die Gewerkschaften, das sollte danach der „Vollsbote“ am besten wissen. Der Niederstreik 1907 in Stettin sagt ihm doch auch genug. Für die Gagefiner Kollegen kann nach den angeführten Tatsachen die Wahl nicht schwer sein, welcher Organisation sie sich anzuschließen haben. Es kann nur eine Parole geben: „Sinein in die Gewerksvereine!“
E. Lubbe, Niedermünde.

Verbands-Zeil.

Bersammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (S. D.). Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine, Greifswalderstr. 221-22. Die erste Sitzung nach der Weihnachtspause findet am Mittwoch, 4. Januar statt. Generalversammlung, Neuwahl des Vorstandes. **Gewerksvereins-Liebertafel (S. D.).** Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Übungsstunde im Verbandsklub: bei Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste willkommen. **Montag, 26. Dezember. Maschinenbau u. Metallarbeiter IV.** Nachm. 4 Uhr, Weihnachtsfeier bei Bonacker, Blücherstr. 61. **Dienstag, 27. Dez. (8. Feiertag).** **Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII.** Form. 10 Uhr, Beitragszahlung und Morgenprache Schönhauser-Allee 65.

Orts- und Regionalverbände.

Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Gasth. Sandowstr. 42. **Duisburg (Distriktsklub).** Jeden 1. und 8. Sonnabend im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Sauerborn, Friedrich-Wilhelmstr. Distriktsklub. **Düsseldorf (Vollständiger).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr, i. Verbandsklub, Karlsruherstr. 29. **Siegen (Eiserfeld-Barmen Ortsverband).** Jeden 1. Donnerstag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertretung bei Roggenkämpfer, Eiserfeld, Bismarck- und Erholungstr. Ecke. **Selbstschütz (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbandes Vertretung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal E. Simon, Alter Markt. **Sonneberg (Ortsv.).** Der Distriktsklub findet jed. 1. und 8. Sonntag im Monat i. Passage-Str., Nr. Braunsauerstr., statt. **Sachsen (Ortsv.).** Jeden 3. Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Ludewig. **Hamburg (Ortsv.).** Jeden Mittwoch abds. 8 1/2 Uhr präz., in Jähmanns Hotel, Boollstr., Distriktsklub. **Hierlach (Distriktsklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Döhrstr. **Köln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Vater Kolping“, Eiserstraße. **Leipzig (Gewerksvereins-Liebertafel).** Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abds. 9 bis 11 Uhr im Verkehrslokal Stadt Hannover, Seeburg Nr. 25, statt. **Gäste und Stimmbegabte willkommen.** **Mühlheim (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertretung beim Hirt Job. Müller, Sandbergstr. 88. **Stettin (Sängerklub der Gewerksvereine).** Die Übungsstunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal des Hirt Job. Müller, Sandbergstr. 88. **Regel (Distriktsklub für Regel, Postfach 1000, Reichensdorf).** Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Kähler, Berlinerstr. 28. Gäste willkommen. **Weihenfeld a. E. (Wagnersabteilung der Gewerksvereine).** Übungsstunde jeden Dienstag, abds. 8 1/2 bis 11 Uhr im Verkehrslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. **Wesphälische Gewerksvereinskollegen** stets willkommen. **Weihenfeld (Distriktsklub der Gewerksvereine)** Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Ein neues Buch
Lexikon des Arbeitsrechts
in Verbindung mit
Felix Claus, Hermann
Hog, Hermann Nuppe
herausgegeben von
Kilian der Giffert.
Verlag von Gustav Fischer
in Jena.
Wer sich rasch über eine
Frage des Arbeitsrechts unterrichten will findet in diesem
praktischen Lexikon in knapper
Darstellung jede gewünschte In-
formation. Größere Biblio-
theken, Arbeitervereine, Sozial-
und Agitationsbeamte der
Arbeiterbewegung sollten sich
in den Besitz des Buches sehen.
Wegen Einbindung des Kopier-
preises von 4,20 Mk. pro
Exemplar in guten 3-bändigen
Einband. Das Geld ist an
unsern Verbandskassierer Sub.
Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223 zu zahlen.
Die Bestellung ist auf den
Postabschnitt zu schreiben.

Kollegen, raucht
Gewerksvereins-Zigaretten
aus rein reinem überfeinstem Roh-
tabak!
Eine jede Ortsverwaltung betrachte
es als Ehrensache, gemeinsame Be-
stellungen zu machen und die Zigaretten
in ihrem Bekanntenkreis zu emp-
fehlen. Ein Versuch führt zu dauernder
Kundenschaft!
Unterstützt Eure Kollegen und be-
steht sofort Probeforderung aus der
Gewerksvereins-Zigarettenfabrik,
e. G. m. u. G.,
Sodenheim, Baden.
Brandenburg a. S. (Ortsv.). Durchreisende Kollegen erhalten ein
Ortsgeheim von 50 Pfg., Sonn-
und Feiertags 75 Pfg. beim Orts-
verbandskassierer G. Keimann,
Schmöllnerstraße 12.
Hamburg (Ortsv.). Durch-
reisende Kollegen erhalten für
2 Tage Unterstützung. Bonus beim
Ortsverbandskassierer G. Keimann,
Altona, Al. Johannstraße 25 III
und beim Kassierer der Maschinen-
bauer Otto Seeb, St. Pauli,
Blauhofstraße 6 I.

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigaretten für Mk. 3,-
Bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Reichensdorf u. um. ankaufe. Ferner liefere ich
100 Stück feine 7 Pfg.-Zigaretten für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigaretten für 4 Mk.,
100 Stück feine 10 Pfg.-Zigaretten für 5 Mk., 100 Stück feine 12 Pfg.-Zigaretten für 6 Mk.
Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft. — 500 sende franco. — Nichtentwendbares nehme unentgeltlich zurück.
Bestand nicht unter 100 Stück. — 99 Helfer, Reichensdorf, Berlin C., Neue Schönhauser Straße 16. — Begründet 1888.

Weihenfeld a. E. (Ortsv.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstützungsgeldarten beim
Kollegen Fischer, Leipzigerstr. 28.
Worms (Ortsv.). An durchreisende Kollegen wird eine Unter-
stützung von 70 Pfg. gezahlt vom
Kassierer Otto Kneller, Mühl-
gasse 12.
Oberbergischer Ortsv. Unter-
stützung an wandernde Kollegen bei
Ernst Böker jun. in Scheib-
berg, Albrechtstr. 174 E.
Söln und Mühlheim a. Rh. (Ortsv.). Durchreisende erhalten
Unterstützungsgeldarten im Gewerks-
vereinsbureau, Severinstr. 113 I.
Prinzenau (Ortsv.). Durch-
reisende Kollegen erhalten 75 Pfg.
Unterstützung. Markenausgabe beim
Kollegen R. A. Dam, Olgauerstr. 18.
Jauer (Ortsverband). Durch-
reisende Verbandskollegen erhalten
Ortsgeheim bei P. Kobelt,
Postfach 10.
Cera (Ortsverband). Die Unter-
stützung an durcheinere Gewerks-
vereinskollegen wird ausbezahlt bei
Franz Wagner, Cera, Bären-
gasse 11.
Wangen. Durchreisende erh. im
Winterhalbjahr 1 Mark und im
Sommerhalbjahr vom 1. April bis
1. Oktober 75 Pfg. bei E. Serbe,
Wendlsbergstr. 84.
Oberhausen (Ortsv.). Durch-
reisende Kollegen erhalten 1 Mark
Unterstützung im Bureau, Mühl-
heimerstraße 42.
Kadenscheid. Der Arbeitsnach-
weis sowie Ortsverbandsgeheim
befindet sich beim Sekretär Herrn
Bartel, Röhrenstr. 38.
Offen (Wahr). Herberge zur
heimat. Arbeitsnachweis u. Ver-
pfelegungsgarten im Gewerksvereins-
Bureau, Frohnhauserstr. 53.
Wanne (Ortsverband). Durch-
reisende Kollegen erhalten auf dem
Bureau der Bergarbeiter, Bahnhof-
straße 207, eine Reiseunterstützung
von 75 Pfg. Daj. ist Arbeitsnach-
weis.